

Philippe Robert: Bürger, Kriminalität und Staat. Mit einem Vorwort von Fritz Sack. Wiesbaden 2005 (VS Verlag für Sozialwissenschaften), 288 S., 49,90 €

Der Titel dieses im Original bereits im Jahre 1999 erschienenen Buches mutet ebenso vielversprechend wie umfassend an. Folgt man der französischen Titelgebung: *Le Citoyen, le Crime et l'État*, so könnte man eine Abhandlung erwarten über die Rolle von Zivilgesellschaft und Staat bei der Bekämpfung von Kriminalität, z.B. über das Verhältnis zwischen diesen beiden Polen, das sich angesichts neuer Problemstellungen in der Kriminalitäts- und Sicherheitspolitik verschiebt. Man könnte eine kritische Analyse der politischen Funktion erwarten, die der Staat sich in diesem Feld selbst zuschreibt und die er sich historisch als Garant von Sicherheit immer schon angemäht hat, ebenso zur widersprüchlichen Rolle jener Figuren des *Citoyen*, des politischen Bürgers, und der Zivilgesellschaft, die in Geschichte und Gegenwart als Adressaten politischer Mobilisierung im doppelten Sinne emanzipatorischer Bestrebungen wie der Zuweisung von Selbstverantwortung für politische Probleme fungiert haben.

Der renommierte französische Sozialwissenschaftler Philipp Robert konzentriert sich jedoch gerade nicht auf diese Frage einer Reorganisation des Politischen. Die deutsche Übersetzung von *Citoyen* mit *Bürger* findet ihre Berechtigung vielmehr darin, dass der Autor seiner Analyse das Modell des modernen „Sicherheitsstaates“ zugrundelegt – in einem Hobbes'schen wiewohl wohlfahrtsstaatlichen Sinne: als Adressaten für Probleme der Kriminalität und Sicherheit.

Zentraler Ausgangspunkt der Studie ist die beobachtete – auch andernorts viel diskutierte – Diskrepanz zwischen gesellschaftlichen Sicherheitserwartungen und staatlicher Kriminalpolitik in Frankreich. Dabei ist das Hauptproblem, Robert zufolge, nicht eine zunehmende Gewalt in der Gesellschaft – eher sei die Sensibilität gegenüber Gewaltphänomenen gestiegen, die sich zugleich in überschaubaren, z.B. milieuspezifischen und geografischen Grenzen hielten. Die gesellschaftliche Verunsicherung sei vielmehr ein Wohlstandsproblem, sie sei wesentlich auf die allgegenwärtige Eigentums-kriminalität zurückzuführen. Dabei sei, und Robert leitet den komplexen Zusammenhang ausführlich in Rekurs auf zahlreiche Statistiken und Studien zum Thema „Unsicherheit“ her, keineswegs eine simple Rechnung aufzumachen. Nicht der Anstieg der Kriminalitätsraten sei das Problem, sondern die staatliche Reaktion darauf, „die organisatorischen Schwächen der Sicherheitsgewährleistung“ (S. 76).

Die Studie konzentriert sich auf diesen Mangel, insbesondere in der Polizeiorganisation, und bleibt in dieser Fokussierung durchgehend kriminalsoziologisch. Die zentrale Diagnose speist sich wesentlich aus der Anomietheorie. So entfaltet Robert die historische Herleitung der Problematik zunächst in Durkheim'scher Lesart. Staats- und Polizeiformierung stellen

sich demnach weniger als eine Geschichte der Monopolisierung der Gewalt dar, vielmehr als eine Verschiebung gesellschaftlicher Solidarität. Historisch war die Polizei die staatliche Antwort auf eine zunehmende Anonymisierung sozialer Beziehungen und damit einhergehend den Verlust informeller Kontrolle. Wenig überraschend liegt ein Lösungsansatz auf die von Robert anvisierten Probleme der Gegenwart folglich in einer kommunal ausgerichteten Reorganisation der Polizeiarbeit. Die Kriminalitätsphänomene selbst wiederum erklärt der Autor anomietheoretisch im Merton'schen Sinne: In einer Gesellschaft, die von ostentativem Konsum (und Anonymität) geprägt ist, werde Kriminalität zum Mittel der benachteiligten Gruppen und zugleich zu einer Frage der Gelegenheiten.

Mit dieser Perspektive gerät die Analyse allerdings bemerkenswert engspurig, indem Robert die Probleme in verkürzender kriminologischer Manier auf soziale Motivlagen zurückführt. Beispielhaft sei hier die Problematisierung der Gewalt in den französischen Vorstädten angeführt, die naheliegender Weise einige Aufmerksamkeit findet. Dabei grenzt Robert sich zwar von vereinfachten anomietheoretischen Erklärungszugängen ab – die Gewalt sei nicht einfach „als Anzeichen von Anomie oder sozialer Verwahrlosung“ zu deuten (S. 114). Doch die französische (Migrations- und Kriminal-)Politik der Ausgrenzung – deren Kritik Robert ganz offenbar am Herzen liegt –, muss nun in den Hintergrund rücken zugunsten einer Fokussierung auf die Gewaltkultur der Jugendlichen. „(D)ie Wertschätzung von Körperkraft“ gerät stereotyp zu einem Vehikel „für Arme und Schwache, insbesondere für Jugendliche unterster Schichtzugehörigkeit und fremder Herkunft“ (ebd.). Freilich begnügt Robert sich nicht mit dieser Erklärung, sondern bezieht die Kultur der Gewalt schließlich auf die gesellschaftspolitischen Voraussetzungen. Das Problem führt er indes nicht auf die Krise des Nationalstaats, sondern des Wohlfahrts- und Sicherheitsstaates zurück, nicht auf eine Nation, die sich über Ausgrenzung konstituiert, und auf einen Apparat, der diese Ausgrenzung durchsetzt, sondern auf einen Staat, der zu schwach geworden scheint, auf den „schon seit langem zerschlissenen Sicherheitsstaat und den dauerhaften Ausschluss breiter Bevölkerungsteile von sicheren Beschäftigungsverhältnissen.“ (S. 115)

Wer sich einen differenzierten Einblick in die jüngeren Entwicklungen der Kriminalprävention in Frankreich verschaffen möchte, in die Entstehung der französischen Polizei – im Unterschied zur britischen Kultur des Policing – sowie zur Logik des neuen „Sicherheitsmarktes“, der Robert zufolge freilich keine Alternative zu den gesellschaftspolitischen Möglichkeiten staatlicher Sicherheitspolitik darstellt, dem sei diese – von der Literaturrezeption her doch recht französische – Studie gleichwohl anempfohlen.

Susanne Krasmann, Hamburg